

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlin in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Verständigung zwischen München und Berlin?

Berlin, 24. September. Der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld hat heute vormittag dem Reichspräsidenten und darauf dem Reichskanzler einen Besuch ab. Im Anschluß an die Besuche wurden die Verhandlungen über die zwischen dem Reich und Bayern schwebenden Fragen über den Ausnahmezustand und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 beim Reichskanzler aufgenommen.

Über das Ergebnis der Verhandlungen wird der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet:

Bei den Besprechungen über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wurde von den bayerischen Vertretern vornehmlich auf die schwierige innerpolitische Lage Bayerns und auf die Möglichkeit einer Putschgefahr hingewiesen. Nach längeren Beratungen einigte man sich dahin, daß die Reichsregierung dem Grafen Verchenfeld eine kurze Frist zur Konsolidierung der innerbayerischen Verhältnisse zugestand, nach deren Ablauf der Ausnahmezustand in Bayern von der bayerischen Regierung selbst beseitigt werden soll. Die bayerischen Vertreter erklärten, daß das Verbot der unabhängigen sozialdemokratischen Mitbestimmung aufgehoben werden solle.

Der Münchner Mörderbund.

München, 26. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In den Enthüllungen des bayerischen Staatspräsidenten über den Geheimbund, dem die Mörder Erzbergers angehören, teilen die Münchner Neuesten Nachrichten mit, daß nur ein Exemplar der Statuten dieses Geheimbundes in München gefunden worden sei. Das Verfahren in dieser Sache werde in München durchgeführt. Das Blatt fragt, wie der Beamte eines andern Staats dazu komme, in dieser Sache Mitteilung zu machen, da die Beamten dieses Staats mit der Befolgung dieser Sache nicht betraut worden seien. Es sei in München ein großer Apparat ausgebildet, um die Untersuchung wegen der Geheimbünderei peinlichst genau durchzuführen. Die Erhebungen seien noch nicht abgeschlossen. Sie seien durch die Enthüllungen im bayerischen Landtag außerordentlich erschwert, wenn nicht in ihrem Ergebnis in Frage gestellt.

Mit dieser Feststellung, die zweifellos durch die Münchner Polizeidirektion inspiriert ist, will man jetzt schon entschuldigen, daß bei der Münchner Untersuchung nichts herauskommt. Ein andres Ergebnis kann nicht erwartet werden, da der Untersuchende, Staatsanwalt Kull, ein reaktionär zurechtgerückter Beamter ist und ihm von Herrn Böhner ein Regierungsrat und zwölf Beamte beigegeben sind, von demselben Herrn Böhner, der aufs Schwerste verdächtig ist, mit den Geheimbündlern in enger Verbindung zu stehen.

Die Münchner bürgerliche Presse hat bei der Wiedergabe der Statuten der Geheimorganisation eine große Fälschung begangen, mit der die Gefährlichkeit des Geheimbundes verdeckt werden sollte. Sie verschweigt nämlich ihren Lesern, daß in den Statuten bestimmt ist, daß Leute, die sich Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten zuschulden kommen lassen oder sich als Verräter am Geheimbund erweisen, der Feme verfallen.

Die Nationalliberalisierung der Sozialdemokratie.

Berlin, 26. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Welt am Montag vergleicht Gerlach den Koalitionsbeschluß der SPD. mit dem Bülow-Bloch von 1907. Unter anderem spricht er folgendes aus: „Gründe lassen sich für jeden Bewußtsein spielend leicht anführen. Wo eine Absicht ist, stellen sich von selbst die Gründe dafür ein. So vage Behauptungen sollte man freilich lieber nicht als „Gründe“ zu frisieren suchen, wie die ohne die Koalition mit Stinnes wäre der Bürgerkrieg unvermeidlich. O nein, gerade jetzt waren wir besser gerüstet gegen einen Bürgerkrieg als seit langem. Der Mord an Erzberger hatte die Arbeitermassen zu kraftvoller Einheitsfront zusammengeschnitten, der 31. August mit seinen für Deutschland unerhörten Andrucksvollen Kundgebungen hatte der Reaktion gehörig Respekt eingeflößt. Die Feststellung, daß der Mord und die Mordgesellen aus dem Kreise der Ehrhardt-Offiziere kamen, diente noch mehr der Sache der Linken, die bei ihrer Einheitsfront nicht nur unüberwindlich, sondern einfach unangreifbar ist. Die Regierung war gut und stark. Dr. Wirth hatte das Vertrauen des Auslandes und das Vertrauen der deutschen Arbeiter. Sein schönes Wort, daß bei einem Bürgerkrieg gegen die Arbeiter kein Platz auf der Seite des Proletariats sein würde, sicherte ihm eine Gefolgschaft, mit der er die Finanzreform auf Kosten der Goldwerte durchführen konnte.

Da siehe das Spiel hinter den Kulissen ein, weil die Sache für das große Portemonnaie beschwerlich schien, leiteten die Herren vom großen Portemonnaie und vor allem ihnen Nahestehende ihre ganze Geschicklichkeit ein, um die Front ihrer Gegner zu packen.

Sie haben es erreicht. Mit welchen Mitteln, darüber wird wohl erst später Klarheit kommen.

Der Görlicher Beschluß bedeutet die Nationalliberalisierung der Sozialdemokratie.

Für die Deutsche Volkspartei gilt unzweifelhaft das Wort: Stinnes ist groß und Stresemann ist sein Prophet.

Neue Differenzen mit der Entente wegen der Schutzpolizei.

Berlin, 26. September. Die militärische Kontrollkommission der Entente hat der Reichsregierung eine Note überreicht, die sich gegen die angeblich militärische Form der Schutzpolizei wendet. Das Reichskabinett hat sich am Sonnabend unter Hinzuziehung von preussischen Dienststellen mit der Note beschäftigt. Die Reichsregierung hofft, nicht auf dem Wege von Noten, sondern durch Vorstellungen im Wege von Verhandlungen den Standpunkt der Entente-Kommission ändern zu können. Man geht dabei von der Ueberlegung aus, daß die Note nicht nur rechtlich unhaltbar, sondern tatsächlich auch völlig unbegründet sei. Die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands sei abhängig von der Ruhe und Ordnung im Lande. Bis an die Grenze der Möglichkeit sei jede Forderung der Entente in bezug auf die Entwaffnung erfüllt worden; aber weiter könne man nicht gehen.

Protestnote wegen des Boykotts französischer Waren.

Paris, 26. September. (U.) Wie dem Journal des Débats mitteilt, hat die französische Regierung dem deutschen Außenminister eine energische Protestnote gegen die Boykott französischer Waren in Deutschland überreichen lassen.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

Newyork, 24. September. (Durch Funkpruch.) Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Senator Lodge, er hoffe, die endgültige Entscheidung des Friedensvertrags mit Deutschland innerhalb zweier Wochen zu sichern. Lodge teilte dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten mit, daß Hughes ihn davon in Kenntnis gesetzt habe, daß die Regierung mit der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Deutschland unmittelbar nach der Ratifizierung des Friedensvertrags mit Deutschland zu beginnen beabsichtige.

Wie New York Times aus Washington meldet, sind zwei Vorbehalte gemacht worden, die es nötig machen, daß Deutschland den Friedensvertrag mit einigen Zusätzen ratifiziert. Da diese Vorbehalte den Vertrag, soweit er Deutschland betrifft, nicht abändern, so werde eine Gegnerschaft gegen ihre Annahme nicht erwartet.

Washington, 25. September. (Neutral.) In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es nicht nötig ist, sich die Zustimmung Deutschlands zu den Vorbehalten zu sichern, die der Senat möglicherweise zu dem Friedensvertrag macht, da diese Vorbehalte nur die Interpretation des Vertrags betreffen und nichts enthalten, wogegen Deutschland Einwendungen erheben könnte.

Die J. A. S. und die oberschlesische Arbeiterschaft.

W. Dypeln, 24. September. In den letzten zwei Tagen demonstrierte in zahlreichen Städten und Ortschaften Oberschlesiens die Arbeiterschaft für Zahlung der sog. Putschzulage. Im allgemeinen sind diese Demonstrationen ruhig abgelaufen. In Verbindung damit ist folgender amtlicher Erlass der Interalliierten Kommission ergangen: „Der Interalliierte Regierungsausschuß, die den Arbeiterfragen stets wohlwollendes Interesse entgegengebracht hat, ist eine Anzahl von Forderungen, welche die Arbeiterschaft neuerlich aufgestellt hat, vorgelegt worden. Die Interalliierte Regierungskommission hat beschlossen, die Forderungen der Arbeiterschaft Oberschlesiens am 27. September in Dypeln zu empfangen. Dagegen verlangt die Interalliierte Kommission, daß ihre Verfügungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung strengstens befolgt werden. Sie ist entschlossen, keine Versammlungen oder Kundgebungen auf offener Straße zu dulden, die weiter nichts als neue Unruhen zur Folge haben würden.“

Hierzu erklärt der oberschlesische Korrespondent der Dem. aus Kreiten der J. A. S. nach folgendem: Die Kommission wird sich auf den Standpunkt stellen, daß die Werte der Zeit ihres erzwungenen Stillstandes nicht auch noch Lohn zahlen müssen. Die Interalliierte Kommission schiebt die Hauptlast für die sozialen Unruhen auf die Reichsregierung, die durch die unbegründete Zuerkennung einer Putschzulage an die Beamten und Staatsarbeiter auch die Privatangestellten und Werksarbeiter auf den Plan gerufen habe.

Der sozialistische Wahlsieg in Schweden.

Stockholm, 21. September. Von den Wahlen zur Zweiten Kammer liegen jetzt die Ergebnisse aus 16 von den 28 Wahlkreisen Schwedens vor. Zum erstenmal haben sich die Frauen an den Wahlen beteiligen können, und sie haben von ihrem neuen Wahlrecht ausgiebigen Gebrauch gemacht. Bisher sind für die Sozialdemokraten 430 000 Stimmen, für die Konservativen 309 000, für die Liberalen 104 000, für den Bauernbund 35 000 für die Kommunisten und Linkssozialisten 35 000 Stimmen gezählt. Die Sozialdemokraten haben bisher 61 Mandate, davon 13 neu eroberte, besetzt, die Konservativen haben 41 Mandate erhalten und 4 verloren, die Liberalen 20 erhalten und 5 verloren, der Bauernbund hat 10 Mandate bekommen und 2 verloren, und die Kommunisten und Linkssozialisten haben 2 neue Mandate erobert.

Die Kapitulation von Görlich.

Von Hans Bloch.

I.

Der Görlicher Parteitag ist für das Proletariat Deutschlands eine große Enttäuschung geworden. Von ihm erwartete man einen Schritt zur Einigung der deutschen Arbeiterschaft. Der Schritt ist nach der entgegengesetzten Richtung getan worden. Der Beschluß zur Regierungsbildung und das neue Programm sind Hindernisse, die nicht nur der organisatorischen Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, die noch niemand erwarten durfte, sondern die auch ihrem praktischen Zusammenarbeiten, der vielberufenen Arbeitsgemeinschaft, erneut in den Weg gewälzt wurden. In dem Moment, wo man von den Rechtssozialisten einen Sammlungsruf an das Proletariat erwartete, kapitullierten sie vor der Partei der Schwerindustrie.

In seiner Schlußrede hat Wels gemeint, die Richtigkeit dieses Beschlusses über die Beteiligung an der Regierungsgewalt, der Revidierung der Kasseler Resolution, die sich gegen die deutsche Volkspartei richtete, ergebe sich aus den Wutausbrüchen der Deutschnationalen. Das ist eine etwas einseitige Betrachtungsweise. Näher hätte es gelegen, die Wirkung des Beschlusses auf die Streifenarbeiter zu beachten. Wels war ja denn auch gezwungen, sich sehr energisch gegen die Auswertung des Beschlusses durch die Organe und Redner der Deutschen Volkspartei zu wenden und den Kasseler Wirth gegen ihre Angriffe zu verteidigen. Aber mit dieser Verteidigung wird der Schaden von Görlich nicht wieder gutgemacht. Der Beschluß hat seine unabwendbaren Konsequenzen, die Herbeiführung der Deutschen Volksparteier zur Regierungskoalition bedeutet nicht nur ihre Verbreiterung, sondern auch ihre Veränderung. Veränderung in den bisherigen Bestandteilen der Koalition. Der Eintritt der reaktionären Stinnespartei stellt den reaktionären Richtungen im Zentrum und unter den Demokraten den Rücken und, gestützt auf den neuen Verbündeten, werden sie die Mehrheit in ihren Parteien erobern können. Damit ist die Regierung Wirth von ihrem Kurs abgedrängt. Die Rechtssozialisten haben, sie mögen sich drehen und wenden wie sie wollen, durch ihren gescheiterten Görlicher Beschluß dem Reichskanzler Wirth die Grube gegraben, in die er über kurz oder lang stürzen wird.

So wird dieser Beschluß von Görlich durch seine Wirkungen auf die Politik des Reiches die Arbeiter enttäuschen und empören und also auch jene Kreise des Proletariats, die zunächst der Koalitionspolitik noch Vertrauen entgegenbringen, unsicher und verwirrt machen. Vielleicht ist das ein Prozeß, der durchgemacht werden muß, aber ein wenig bessere Erkenntnis der Führerschaft hätte den rechtssozialistischen Arbeitern diesen zerknirschenden und harten Umweg ersparen können. Dem Einigungsgedanken ist ein schwer zu überwindender Schlag versetzt worden. Und die Enttäuschung darüber ist um so härter, als die Bewegung in der rechtssozialistischen Partei vor dem Parteitag Hoffnungen erwecken mußte, daß es zu einer Linkswendung in Görlich kommen solle. Die große Anzahl von Anträgen, die zu diesem Parteitag das Einigungsthema betrafen, und die scharfe Ablehnung, die der Programmtext in der rechtssozialistischen Presse gefunden hatte, mußten den Eindruck erwecken, als ob sich eine sozialistische Regeneration der Partei anbahne. Aber in Görlich hat sich erwiesen, daß die obere Führerschaft anders will und daß sie die Partei noch fest in der Hand hat. Die rechtssozialistische Partei erfüllt in starkem Maße das Ideal der Kommunisten. Sie ist ein musterhaft funktionierender Apparat in der Hand der zentralen Leitung. Die Ansätze regeren geistigen Lebens in den Mitgliedschaften sind offenbar noch sehr schwach oder kommen über gefühlsmäßige Wallungen noch nicht groß hinaus, die sich unter dem Einfluß starken Willens der Führerschaft schnell wieder legen. So konnten die vielen Einigungsanträge auf diesem Parteitag ohne jede eingehende Debatte lang- und klanglos durch eine verwässerte Resolution erledigt werden, die nicht einmal eine Begründung erfuhr. Dieses Begräbnis der Aktion ging bezeichnenderweise so nuchtern, so fast unbemerkt vor sich, daß es selbst den Berichterstatter des rechtssozialistischen Zentralorgans vollständig entging. Oder sollte bei diesem Verschweigen Absicht gewaltet haben? Das möchte ich denn doch nicht ohne weiteres annehmen, obgleich in diesem Vorwärtsbericht sehr auffällige Retuschierungen der Reden zu beobachten waren. So sind zum Beispiel aus der Rede W. Brauns in der Programmdebatte alle seine größtenteils Ausfälle gegen Ströbel und Marxwald und gegen die USP. fortgeblieben. Wir Unabhängigen wollen sie gewiß nicht allzu tragisch nehmen, ebensowenig wie die negativen Lebenswürdigkeiten, die Franz Krüger und andre uns gesagt haben. Wir können Kritik vertragen und verschließen uns durchaus nicht der Erkenntnis, daß bei uns noch manches verbesserungsbedürftig ist. Wir sind auch nicht überempfindlich gegen scharfe und herbe Worte. Aber wir können doch nicht anerkennen, daß der Vorwärts